S 72 KR 760/99

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Sachgebiet Krankenversicherung

Abteilung 15
Kategorie Urteil
Bemerkung -

Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 72 KR 760/99 Datum 20.10.2000

2. Instanz

Aktenzeichen L 15 KR 126/00 Datum 15.01.2003

3. Instanz

Datum -

Die Berufung der KlĤgerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 20. Oktober 2000 wird zurļckgewiesen. Kosten des Berufungsverfahrens sind nicht zu erstatten. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Die Beteiligten streiten darļber, ob die Beklagte der KlĤgerin vom 1. Mai 1999 bis zum 17. Oktober 1999 weiteres Krankengeld zu gewĤhren hat.

Die 1964 geborene KlĤgerin war bei der Beklagten aufgrund einer versicherungspflichtigen BeschĤftigung als Raumpflegerin versichert. Ab dem 27. Oktober 1997 bestand bei ihr wegen eines Bandscheibenvorfalls im Bereich des 5. LendenwirbelkĶrpers (L5/L1), eines chronischen lumbalen Schmerzsyndroms, einer ParĤsthesie, eines Angstsyndroms, einer Dyssomnie und einem Zustand nach tiefer Beckenvenenthrombose ArbeitsunfĤhigkeit. Diese wurde von der Ä∏rztin fù⁄₄r Allgemeinmedizin Dipl.-Med. M. bis zum 17. Oktober 1999 festgestellt. Vom 9. September 1998 bis zum 7. Oktober 1998 gewĤhrte die Landesversicherungsanstalt Berlin der KlĤgerin wegen dieser Leiden ein Heilverfahren, aus dem sie als arbeitsunfĤhig entlassen wurde. In der

dreijährigen Rahmenfrist vom 27. Oktober 1997 bis zum 26. Oktober 2000 bezog die Klägerin für insgesamt 78 Wochen Krankengeld, und zwar vom 27. Oktober 1997 bis zum 18. April 1999. Vom 27. bis zum 29. April 1999 war die Klägerin wiederum als Raumpflegerin tätig, und zwar an zwei Tagen jeweils 4 Stunden und an einem Tag 5 Stunden.

Am 30. April 1999 bescheinigte die Fachärztin fþr Orthopädie Dipl.-Med. Sch. Arbeitsunfähigkeit ab dem 30. April 1999. Sie diagnostizierte eine aktivierte Gonarthrose links mit Reizknie. Mit einem den Bescheid vom 6. Mai 1999 ersetzenden Bescheid vom 28. Juli 1999 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 10. August 1999 lehnte die Beklagte die Gewährung von Krankengeld aufgrund dieser Arbeitsunfähigkeit mit der Begrþndung ab, der Anspruch der Klägerin auf Krankengeld innerhalb des Drei-Jahres-Zeitraums sei bereits am 18. April 1999 erschöpft. Nach ihrer sozialmedizinischen Beurteilung sei von fortlaufender Arbeitsunfähigkeit über den 18. April 1999 hinaus auszugehen. Da nach dem 18. April 1999 Arbeitsfähigkeit für die Tätigkeit als Raumpflegerin nicht eingetreten sei, handele es sich bei der ab 30. April 1999 bescheinigten Erkrankung um eine hinzugetretene Erkrankung, die die Leistungsdauer nicht verlängere.

Im anschlieà enden Klageverfahren hat das Sozialgericht Befundberichte der Dipl.-Med. Sch. vom 6. Januar 2000 und der Dip.-Med. M. vom 14. Januar 2000 eingeholt. Sodann hat das Sozialgericht die Klà gerin durch die à rztin fà 4r Allgemeinmedizin Dr. med. M. B. begutachten lassen. Wegen des Ergebnisses dieser Begutachtung wird auf das medizinische Sachverstà ndigengutachten vom 24. April 2000 verwiesen.

Mit Urteil vom 20. Oktober 2000 hat das Sozialgericht die Klage abgewiesen. Der Leistungszeitraum für Krankengeld für 78 Wochen sei auch hinsichtlich der am 30. April 1999 bescheinigten Kniegelenkserkrankung erschöpft, weil die Krankheit zu der Wirbelsäulenerkrankung der Klägerin hinzugetreten sei, eine Erkrankung, die seit dem 27. Oktober 1997 über den 30. April 1999 hinaus Ursache für die Arbeitsunfähigkeit der Klägerin sei. Die gerichtliche Sachverständige Dr. B. habe in ihrem Gutachten zur Ã□berzeugung der Kammer schlieÃ□lich dargelegt, dass die Wirbelsäulenerkrankung der Klägerin nicht nur in der Zeit vom 27. Oktober 1997 bis zum 18. April 1999, sondern auch über den 30. April 1999 hinaus angedauert habe und für sich allein eine Arbeitsunfähigkeit verursacht habe. Die Kniegelenkserkrankung sei daher am 30. April 1999 zu der an diesem Tage noch bestehenden Wirbelsäulenerkrankung als weitere eine Arbeitsunfähigkeit verursachenden Erkrankung hinzugetreten.

Gegen das ihr am 21. November 2000 zugestellte Urteil hat die Klägerin am 21. Dezember 2000 Berufung eingelegt. Sie macht geltend, dass ihr Krankengeldanspruch nicht erschöpft sei. Die Entscheidung des Sozialgerichts sei unrichtig, weil sie am 30. April 1999 wegen einer Erkrankung in den Kniegelenken arbeitsunfähig erkrankt sei und ihr somit weiteres Krankengeld zustehe. Wegen der früheren Erkrankungen sei eine Arbeitsunfähigkeit nicht mehr gegeben gewesen. Vom 27. bis zum 29. April 1999 habe sie ihre Tätigkeit als Raumpflegerin

wieder ausgeübt, weil sie wieder arbeitsfähig gewesen sei. Am 30. April 1999 habe sie wegen akuter Schmerzen in den Knien einen Arzt aufsuchen müssen und wegen dieser neuen Beschwerden sei sie arbeitsunfähig krankgeschrieben worden. Diese Erkrankung sei daher nicht als hinzugetretene Erkrankung zu bewerten, sondern als eigenständige neuerliche Erkrankung mit der Folge, dass ihr erneut Krankengeld zustehe.

Die KlĤgerin beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 20. Oktober 2000 sowie den Bescheid der Beklagten vom 28. Juli 1999 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 10. August 1999 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, ihr für die Zeit vom 1. Mai 1999 bis zum 17. Oktober 1999 Krankengeld zu gewähren.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurļckzuweisen, die sie fļr unbegrļndet hĤlt.

Der Senat hat von der Dipl.-Med. M. eine Auskunft Ã⅓ber die von ihr bescheinigten Arbeitsunfähigkeitszeiten eingeholt. Wegen des Inhalts dieser Auskunft wird auf das Schreiben der Ã∏rztin vom 7. Januar 2003 Bezug genommen.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf die zwischen den Beteiligten gewechselten SchriftsĤtze nebst Anlagen, den sonstigen Inhalt der Gerichtsakte und auf die die KlĤgerin betreffende Verwaltungsakte der Beklagten, die dem Senat vorgelegen hat und Gegenstand der mþndlichen Verhandlung gewesen ist, verwiesen.

Entscheidungsgründe:

Die Berufung der Klägerin ist zulässig, jedoch nicht begründet. Das Sozialgericht hat die Klage zu Recht abgewiesen. Der angefochtene Bescheid der Beklagten vom 28. Juli 1999 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 10. August 1999 ist rechtmäÃ□ig. Die Klägerin hat keinen Anspruch auf Krankengeld fþr den Zeitraum vom 1. Mai 1999 bis zum 17. Oktober 1999.

Nach <u>ŧ 48 Abs. 1 Satz 1</u> des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) erhalten Versicherte Krankengeld ohne zeitliche Begrenzung, für den Fall der Arbeitsunfähigkeit wegen derselben Krankheit jedoch für längstens 78 Wochen innerhalb von je drei Jahren, gerechnet vom Tage des Beginns der Arbeitsunfähigkeit an. Im vorliegenden Fall hat die Klägerin aufgrund der am 27. Oktober 1997 eingetretenen Arbeitsunfähigkeit in dem Drei-Jahres-Zeitraum vom 27. Oktober 1997 bis zum 26. Oktober 2000 vom 27. Oktober 1997 bis zum 18. April 1999 für die Dauer von 78 Wochen Krankengeld erhalten. Der Anspruch auf Krankengeld wegen der dieser Arbeitsunfähigkeit zugrundeliegenden Erkrankung ist damit erschöpft.

Die KlĤgerin hat keinen Anspruch auf VerlĤngerung der Leistungsdauer auf

Krankengeld aufgrund der am 30. April 1999 diagnostizierten Kniegelenkserkrankung. Denn nach § 48 Abs. 1 Satz 2 SGB V wird durch eine wĤhrend der ArbeitsunfĤhigkeit hinzugetretene Krankheit die Leistungsdauer nicht verlĤngert. Als hinzugetreten gilt eine Krankheit, die wĤhrend der ArbeitsunfĤhigkeit wegen einer anderen Krankheit eingetreten ist und fļr sich allein ebenfalls ArbeitsunfĤhigkeit verursachen würde. In der durch die zuerst eingetretene und ArbeitsunfĤhigkeit verursachende Krankheit ausgelĶsten Blockfrist bilden die ursprüngliche und die hinzugetretene Krankheit eine Einheit. Innerhalb dieser Blockfrist besteht für die zuerst eingetretene und die hinzugetretene Krankheit zusammen für längstens 78 Wochen Anspruch auf Krankengeld. Die hinzugetretene Krankheit begründet keinen weitergehenden oder neuen Krankengeldanspruch (Vay in Krausskopf, Soziale Krankenversicherung/Pflegeversicherung, Stand: April 2002, § 48 SGB V RdNr. 10 m.w.Nachw.).

Ein solcher Sachverhalt ist im vorliegenden Falls gegeben. Die am 30. April 1999 eingetretene Kniegelenkserkrankung ist zu der bereits seit dem 27. Oktober 1997 bestehenden Erkrankung mit der Folge hinzugetreten, dass sich die Bezugsdauer des Anspruchs auf Krankengeld nicht verlämgert. Dies ergibt sich zur ̸berzeugung des Senats aus den verschiedenen sowohl im Verwaltungsverfahren als auch im Gerichtsverfahren erster und zweiter Instanz eingeholten medizinischen Stellungnahmen der Dipl.-Med. M. und dem von dem Sozialgericht eingeholten Gutachten der gerichtlichen SachverstĤndigen Dr. med. B. vom 24. April 2000. Bereits mit Schreiben vom 28. Mai 1999 hat die Dipl.-Med. M. der Beklagten im Verwaltungsverfahren mitgeteilt, dass die von ihr bei der KlĤgerin diagnostizierten Erkrankungen weiter bestehen und dass dieses Krankheitsbild einer Langzeittherapie bedarf. In diesem Schreiben hei̸t es weiter, dass eine Wiederaufnahme der beruflichen TÄxtigkeit wegen dieses Krankenbildes nicht möglich ist und dies zu einer Verstärkung der Krankheit führen würde. Es mýsse eine weitere orthopädische Mitbehandlung erfolgen, eine völlige Heilung des Krankheitsbildes sei nicht mĶglich. In ihrem Befundbericht vom 14. Januar 2000 hat diese ̸rztin dargelegt, dass die Klägerin seit Juni 1997 fortlaufend unverĤndert wegen der von ihr diagnostizierten Erkrankungen (chronisches lumbales Schmerzsyndrom, Angstsyndrom, chronische Dyssomnie u.a.) arbeitsunfĤhig ist. In der Folgezeit, im Mai 1999, ist zu diesem Krankheitsbild die weitere Erkrankung, die Gonarthrose links, hinzugetreten. In ihrer vom Senat eingeholten Auskunft vom 7. Januar 2003 hat sie angegeben, dass sie die KlĤgerin wĤhrend des hier streitbefangenen Zeitraums, vom 28. September 1998 bis zum 17. Oktober 1999, durchgehend arbeitsunfÄxhig geschrieben hat. Dieser Befund wird durch das von dem Sozialgericht eingeholten Gutachten der gerichtlichen SachverstĤndigen Dr. med. B. vom 24. April 2000 bestĤtigt. Dr. B. führt in ihrem Gutachten aus, dass nicht davon auszugehen ist, dass die seit dem 27. Oktober 1997 bei der KlĤgerin diagnostizierten chronisch anhaltenden Lumbalgien Ende April 1999 nicht mehr vorhanden gewesen seien. Die SachverstĤndige weist zu Recht darauf hin, dass weder eine medizinische Therapie noch eine Operation aktenkundig ist, die ein vollstĤndiges Abklingen dieser chronischen Schmerzen herbeigeführt haben könnten.

Die Klägerin war damit fortlaufend aufgrund ihrer ursprýnglichen Erkrankungen arbeitsunfähig und dies auch in der Zeit vom 27. bis 29. April 1999, während sie vor-ýbergehend ihre Tätigkeit als Raumpflegerin wieder aufgenommen hat. Die Klägerin hat diese Tätigkeit auf Kosten ihrer Gesundheit ausgeþbt.

Die Kostenentscheidung folgt aus <u>§ 193</u> des Sozialgerichtsgesetzes (SGG).

 $Gr\tilde{A}^{1}/_{4}$ nde $f\tilde{A}^{1}/_{4}$ r die Zulassung der Revision nach $\frac{\hat{A}\S 160 \text{ Abs. 2 Nr. 1 oder}}{1 \text{ oder}}$ 2 SGG liegen nicht vor.

Erstellt am: 06.09.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024